



Bild der Überwachungskamera in Kafr Kana, kurz vor dem tödlichen Schuss auf Hamdan

Der rote Kreis von Kana

Israel Eine neue Generation von Attentätern greift mit Baggern, Autos, Messern an; Armee und Polizei töten Palästinenser beim geringsten Widerstand. Die Eskalation ist eine Folge des politischen Stillstands.

Eslam Amara, Bürgermeister von Kafr Kana, steht auf einer Straßenkreuzung, auf den Asphalt vor ihm ist ein roter Kreis gesprüht. Dort wurde vor fünf Tagen Kheir Hamdan, 21, erschossen. Amara ist umringt von zornigen Menschen, hinter ihm, am Schaufenster eines Elektrogeschäfts, hängen die beiden Überwachungskameras, die den Tod des jungen Mannes aufgezeichnet haben.

Seit diesem Tag befindet sich das sonst friedliche Städtchen im Norden Israels im Ausnahmezustand. Am Ortseingang stehen Kastenwagen der Spezialkräfte, Polizisten in Kampfmontur haben einen Kontrollpunkt errichtet. Fast täglich demonstrieren die Menschen von Kafr Kana, liefern sich Straßenschlachten mit der Polizei. Denn Kheir Hamdan wurde von einem Polizisten erschossen. Und alle hier glauben, dass er starb, weil er ein Araber war.

Seit zwölf Jahren ist Eslam Amara, 51, Bürgermeister der arabischen Kleinstadt Kafr Kana. Der Mann zeigt auf den roten Kreis und sagt: „Sie haben ihn regelrecht hingerichtet.“ Und dann, etwas leiser: „Diejenigen, die Kheir getötet haben, müssen zur Verantwortung gezogen werden.“

Die beiden Überwachungskameras zeigen: einen jungen Mann in Trainingshose, der zu einem Polizeiwagen rennt und auf ihn einschlägt. Als die Tür sich öffnet und ein Polizist aussteigt, weicht er zurück, dreht sich um und will wegrennen. Der Polizist schießt auf den Flüchtenden. Es



Mutter Shaludi mit einem Foto ihres Sohnes
Wie Fremde in der eigenen Stadt

ist ein Schuss aus der Nähe, er dringt auf Höhe der Nieren in Kheir Hamdans Rücken ein. Er sackt zusammen, die Polizisten ziehen ihn in den Wagen. Vielleicht lebt er da noch, vielleicht ist er bereits tot.

In dieser Nacht meldet die Polizei einen „Bandenkrieg“ in Kafr Kana. Dabei hätten die Einsatzkräfte „aus Notwehr“ einen Beteiligten verletzt, der sie mit einem Messer attackiert habe. Dann wird das Video veröffentlicht. Es zeigt: Das ist eine Lüge. Hamdan wollte flüchten, als die Polizisten ausstiegen. Ob er ein Messer in der Hand hielt, lässt sich nicht erkennen. Nur, ist das ein Grund, ihn zu erschießen?

Der Tod von Kheir Hamdan hat zu Unruhen in den arabischen Städten Israels ge-

führt; gerade in einem Moment, in dem in Jerusalem der Konflikt zwischen jüdischen Israelis und Palästinensern so gewaltsam ausgetragen wird wie seit Jahren nicht.

In der von vielen arabischen Israelis bewohnten Stadt Akko, 30 Kilometer von Kafr Kana entfernt, blieben aus Protest tagelang die Geschäfte geschlossen. Fast jeden Abend brennen irgendwo Autoreifen, fliegen Steine und Molotowcocktails. Doch anstatt die angespannte Situation zu beruhigen, erklärte Premier Benjamin Netanyahu, man werde prüfen, ob man Unruhestiftern die Staatsbürgerschaft entziehen könne. Wem es in Israel nicht passe, der könne ja in den Gazastreifen auswandern.

Rund 1,6 Millionen Araber leben in Israel; sie besitzen zwar die israelische Staatsbürgerschaft, fühlen sich aber oft wie Bürger zweiter Klasse. Vor allem der Gazakrieg im Sommer hat sie von ihrem Staat entfremdet. Es gab unzählige Fälle von Angriffen, von rassistischen Beleidigungen, von Hetze rechter Politiker, sodass manche sich nicht einmal mehr trauten, in der Öffentlichkeit Arabisch zu sprechen.

Bisher hielten sich die israelischen Araber meist zurück und überließen es den Palästinensern im Westjordanland, für einen eigenen Staat zu kämpfen. Viele haben sich mit dem Konflikt abgefunden, vielleicht auch, weil er als Bürger Israels leichter zu ertragen ist. Ihren Protest zeigen sie, indem sie nicht wählen gehen. Der Tod von Kheir Hamdan könnte diese

FOTO: AMIT SHABI / LAIF / DER SPIEGEL (U.)

Passivität nun beenden. Schon die zweite Intifada wurde auch dadurch befeuert, dass israelische Polizisten mehrere arabische Bürger bei Protesten erschossen, nicht weit entfernt von Kafr Kana.

Bürgermeister Amara hat in Haifa Verwaltungswissenschaften studiert, seine älteste Tochter studiert dort am Technion Architektur. Sie habe viele jüdische Freunde, sagt der Vater. „Aber wir können uns noch so sehr anstrengen, der Staat behandelt uns nicht gut.“ Seit 26 Jahren arbeitet er in der Gemeindeverwaltung von Kafr Kana; er weiß, wie schwer es für arabische Ortschaften ist, staatliche Gelder für Krankenhäuser oder Schulen zu bekommen. Die Stadt lebt vom Pilgertourismus; die Arbeitslosigkeit ist dreimal so hoch wie im Durchschnitt.

Unter einem blauen Trauerzelt, 50 Meter entfernt von der Stelle, an der Hamdan erschossen wurde, sitzen Angehörige und Nachbarn. Sie erzählen, dass Hamdan wütend gewesen sei. Denn kurz zuvor hatte die Polizei seinen Cousin festgenommen, der noch immer in Untersuchungshaft sitzt. „Warum nehmt ihr ihn mit?“, soll Hamdan immer wieder gerufen haben. Die Polizisten hätten nicht geantwortet, sondern ihn mit Tränengas oder Pfefferspray besprüht.

„Als er nach Hause kam, konnte er nichts mehr sehen, seine Augen tränten, er war außer sich“, sagt Rauf Lufti Hamdan, der Vater, seine Hände umklammern eine Gebetskette. Er befahl seinem Sohn, im Haus zu bleiben, aber Hamdan rannte nach draußen, zum Polizeiwagen, in dem der Cousin saß.

Es gibt viele Fragen, die sich die Menschen in Kafr Kana jetzt stellen: Warum haben die Polizisten Hamdan nicht überwältigt, sondern sofort erschossen? Warum gab es keinen Warnschuss, obwohl er doch weglaufen wollte? Warum wurde kein Notarzt gerufen? Und aus welchem Grund zielte einer der Polizisten anschließend offenbar auf den Sohn des Inhabers des Elektrogeschäfts, der im ersten Stock den Vorfall beobachtete? Deutlich sichtbar prangt das Einschussloch in der Fensterscheibe.

Wirtschaftsminister Naftali Bennett sagte am Morgen darauf, das Vorgehen der Polizei sei „das, was man von unseren Sicherheitskräften erwartet“. Sogar der Mörder von Premier Yitzhak Rabin sei nach dem Attentat nicht erschossen worden, sagt dagegen der Vater des Toten. „Unser Leben ist weniger wert, weil wir Araber sind. Es gibt kein Mitgefühl für uns.“

Es ist dieses Gefühl der Ohnmacht, das die Palästinenser beiderseits der Mauer, in Israel wie im Westjordanland, zunehmend verzweifeln lässt. Und diese Verzweiflung nährt den Hass. In immer kürzeren Abständen gibt es jetzt wieder Attentate. Keine lange geplanten Bombenanschläge wie während der Intifada, sondern Amokläufe von Einzeltätern.



Trauernde Kameraden eines getöteten Soldaten: Amokläufe von Einzeltätern

Im August raste ein Mann aus Ostjerusalem mit einem Bagger in eine Menschenmenge und tötete einen Israeli. Anfang November überfuhren zwei Palästinenser mit ihren Autos gezielt Passanten. Vor einer Woche erstach ein Palästinenser an einem Tel Aviver Bahnhof einen Soldaten, Stunden später wurde auch eine Siedlerin im Westjordanland erstochen. Der extremistische Rabbiner Jehuda Glick wurde schwer verletzt, nachdem ein Palästinenser in Jerusalem auf ihn geschossen hatte.

Die Häufung dieser Angriffe ist die Konsequenz der politischen Ausweglosigkeit. Jede scheiternde Verhandlungsrunde bestärkt die Menschen auf beiden Seiten in dem Glauben, ein friedliches Nebeneinander sei unmöglich. Vor Kurzem klagten Lehrer in einem Brief an den Bildungsminister über den Rassismus ihrer Schüler: Für diese sei jeder Araber ein Feind, jeder Linke ein Verräter. Und manche Palästinenser radikalisieren sich, ohne Hoffnung auf eine Verbesserung ihres Lebens. Gerade in Jerusalem, wo sich die Palästinenser mehr und mehr wie Fremde in ihrer eigenen Stadt fühlen.

Auch Abd al-Rahman al-Shaludi fühlte sich womöglich so. Seine Familie lebt in Silwan, einem dicht besiedelten Tal neben der Jerusalemer Altstadt, es ist einer der am meisten umkämpften Flecken der Stadt. Jüdische Siedlerorganisationen wollen hier einen archäologischen Erlebnispark aufbauen. Dafür sollen in dem Viertel al-Bustan, wo die Shaludis leben, 88 palästinensische Familien ihre Häuser verlassen.

Am 22. Oktober fuhr Abd al-Rahman al-Shaludi, 21, mit einem silberfarbenen Auto in die Menschenmenge an einer Haltestelle der Jerusalemer Straßenbahn. Er

tötete ein drei Monate altes Mädchen und eine Frau. Sieben Menschen wurden verletzt. Shaludi wurde noch am Tatort von der Polizei niedergeschossen, er starb kurz darauf. Seine Mutter Enas al-Shaludi spricht von einem „Unfall“. Aber es sieht nicht aus wie ein Unfall.

Vor zwei Jahren wurde Abd al-Rahman al-Shaludi von der israelischen Polizei wegen Steinwerfens verhaftet. Mehr als ein Jahr war er im Gefängnis, wohl auch deshalb, weil er sich weigerte, für den Inlandsgeheimdienst Schin Bet zu arbeiten. So erzählt es seine Mutter, in ihrem kleinen, engen Haus in Silwan. Ihr Sohn sei verzweifelt gewesen: „Ich kann doch meine Freunde nicht ausspionieren und sie an die Israelis verraten.“

Nach seiner Entlassung sei er nicht mehr derselbe gewesen. Ihr Sohn habe an furchtbaren Kopfschmerzen gelitten, nicht mehr geschlafen, sich oft übergeben. Enas al-Shaludi ging mit ihm zum Arzt, der eine Traumatisierung feststellte. Mit der Zeit werde sich sein Zustand bessern, sagte er. Doch es ging ihm nicht besser.

Jede Woche rief jemand vom Schin Bet an, die Agenten drohten ihm, er werde keine Arbeitserlaubnis bekommen, wenn er nicht mitmache. Die Mutter erzählt, dass ihr Sohn Bauingenieur habe werden wollen; doch nach seinem Gefängnisaufenthalt habe er alle Hoffnung verloren.

Die Mutter hat den Besitz der Familie in Kisten gepackt, sogar die Dusche ist abmontiert. Vor ein paar Tagen sind Soldaten gekommen, sie haben die Wohnung vermessen und fotografiert. Das Haus der Shaludis soll mit Beton gefüllt und damit unbewohnbar gemacht werden. Es ist die Strafe für die Familie eines Attentäters.

Julia Amalia Heyer